

HAUSHALTSREDE 2018

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,



zum zweiten Mal bewerten wir in dieser Wahlperiode den Kreishaushalt. Meine Vorrednerin und mein Vorredner sind schon ausführlich auf das Zahlenwerk des Doppelhaushaltes eingegangen, sodass ich mich direkt den Rahmenbedingungen zuwende und Ihnen damit eine andere (unsere) Perspektive auf den Kreishaushalt eröffnen möchte.

Finanztechnisch ist der Haushalt gewohnt gut. Der Kämmerer versteht sein Handwerk. Allerdings entwickelt sich andernorts das kommunale Finanzmanagement derzeit deutlich nachhaltiger. Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagement, kurz NKF, verfolgte die Landesregierung Ziele, die für die weiteren Perspektiven unserer Kommunen entscheidende Bedeutung haben, nämlich:

1. weitere Verbesserungen der Steuerungsfähigkeit in den Kommunen durch konsequente Produktorientierung und Steuerung über Ziele und Kennzahlen die mit den politischen Gremien entwickelt werden. Hier im Kreis ist dazu allerdings noch Fehlanzeige zu vermelden.
2. Vom Geldverbrauchs-konzept zum Ressourcenverbrauchs-konzept: Förderung **nachhaltiger** Haushaltswirtschaft und **intergenerativer** Gerechtigkeit im Kreis ebenfalls noch Fehlanzeige.
3. mehr Transparenz im kommunalen Haushalt auch für die Bürgerinnen und Bürger. Sie denken es sich sicherlich schon, auch hier ist im Kreis Kleve Fehlanzeige.

Während sich die Verwaltung den Grundlagen des NKF noch verweigert, sind andere Kommunen (siehe beispielsweise im Jamaika-regiertem Bonn) längst schon einen Schritt weiter und stellen wirkungsorientierte Haushalte auf.

Da gerade die Steuerung über Ziele aber die entscheidende Schnittstelle von Verwaltung und Politik ist, verwundert es, dass die Mehrheit im Kreistag Kleve keine Änderungen einfordert.

Vor diesem Hintergrund haben wir GRÜNE in diesem Jahr den Antrag zu einer geänderten Bilanzierung in die Beratungen eingebracht (also einem kleinen Schritt in die Richtung politischer Steuerung).

Damit sollen versteckten Reserven reduziert und so zusätzliche Mittel von durchschnittlich 2,4 Millionen € pro Jahr verfügbar werden.

Wir haben uns dazu die Finanzergebnisse der Jahre 2012-2017 angeschaut im Bereich „sonstige ordentliche Erträge“, „Aufwand für sonstige Sachleistungen“ und „Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen“. Die jährlichen Abweichungen zwischen Ansatz und Ergebnis wurden herausgearbeitet und dem aktuellen Haushalt zugrunde gelegt.

Mit 2,4 Millionen € mehr im Kreishaushalt streben wir eine moderate Erhöhung der Rücklage an um diese ehrlich zu investieren, um die Lebenssituation der Menschen zu verbessern und die gegenüber den ländlichen Nachbarkreisen vergleichsweise schlechten Bedingungen in Wirtschaft und Infrastruktur zu verbessern. Die weitestgehend betriebswirtschaftliche oder eigenwirtschaftliche Finanzierung der Systeme führt nach unserer Überzeugung zu sträflicher Verschlechterung der Lebenssituation der Menschen im Kreis Kleve.

Aber Fehlanzeige, unser Antrag wurde abgelehnt.

Wer in den letzten Wochen im Kreis Kleve die Morgenzeitung las, glaubte oft, seinen Augen nicht trauen zu können. Mit Vollgas war CDU-Landrat Spreen auf der rot-grünen Überholspur durchgestartet. Ein jahrelang immer wieder durch CDU und Kreis blockiertes und als Förderfalle der rot-grünen Landesregierung identifiziertes kommunales Integrationszentrum war plötzlich Chefsache. Ein Projekt für Alleinerziehende soll auf den Weg gebracht werden ebenso wie eine Wohnungsbaugesellschaft, die (Zitat) „den Bestand an preiswertem Wohnraum kreisweit“ [...] „dauerhaft erhöht“. Und auch der dramatische Rückgang von Insekten in einigen Gebieten des Kreises führte zu Überlegungen, wie man gegensteuern kann. Die GRÜNE Kreistagsfraktion begrüßt die im neuen Haushalt erkennbaren Schritte in Richtung moderner Sozial- und Netzwerkarbeit sehr. Dies kann aber nicht über fortbestehende Mängel in der strategischen Planung, der Informationspolitik und der professionellen Umsetzung von Dienstleistungen einer Behörde für die Menschen im Kreis hinwegtäuschen.

Die Projekte unter dem „sozialpolitischen“ Deckmantel lassen zunächst einmal Transparenz und eine ausreichende Informationspolitik vermissen. Da werden bei der Haushaltseinbringung kaum Informationen über die Ausgestaltung des Projektes für Alleinerziehende und der Wohnungsbaugesellschaft den politischen Akteuren mitgeteilt und auch unsere Anträge mit der Bitte um Vorstellung der inhaltlichen Ausgestaltung wurden abgelehnt.

Transparenz: Fehlanzeige.

Es wird von uns nicht nur Zustimmung ohne ausreichende Informationen eingefordert, sondern wir sehen an vielen Stellen auch Widersprüche, die den Glauben an positive sozialpolitische und infrastrukturelle Verbesserungen nicht nähren. Ich möchte dies an einigen Beispielen festmachen:

Es soll ein Projekt für Alleinerziehende geben, aber unser Antrag lediglich für Räumlichkeiten um eine Kinderbetreuung am Berufskolleg in Kleve realisieren zu können, ich konkretisiere: am größten Berufskolleg in NRW! realisieren zu können, wird abgelehnt.

Genau an der Stelle, wo junge Menschen mit Kind die Chance hätten trotz Kind eine Ausbildung zu machen, gibt es kein Betreuungsangebot. Der Landrat berichtet regelmäßig von den Schwierigkeiten, für die freien Lehrerstellen im Kreis Stellenbewerberinnen und -bewerber zu finden. Der Kreis muss daher besondere Anstrengungen unternehmen, die Attraktivität des Arbeitsplatzes zu erhöhen. Aber angeblich gibt es keinen Bedarf auch Lehrerinnen und Lehrern das Angebot einer Kinderbetreuung anbieten zu müssen. Es wird fehlender Bedarf behauptet, wenn die anderen Anträge stellen. Andersherum ist es aber richtig:

Man muss erst einmal Angebote unterbreiten, um die bestehenden Bedarfe bedienen zu können, die ansonsten unsichtbar werden: An Ausbildung interessierte Schülerinnen und Schüler mit Kind können erst eine Ausbildung bei vorhandenem Kinderbetreuungsangeboten aufnehmen, Lehrerinnen und Lehrer mit kleinen Kindern bewerben sich gerade wegen des Kita-Angebotes. Ob ich aber eine angebotsorientierte Politik mache oder immer erst dann auf Bedarfe reagiere, wenn sie nicht mehr wegzudiskutieren sind ist ein großer Unterschied und zeigt auf, wie ernsthaft sich mit den Problemen dieser Personengruppen auseinandergesetzt wird.

Es sei auch nur an diesem Beispiel noch erwähnt, dass der Verweis auf die Kindergartenplätze in den Herkunftskommunen der Lehrerinnen, Lehrer, Schülerinnen und Schüler kein tragfähiges Gegenargument ist, solange wir im Kreisgebiet maximal 45 Betreuungsstunden in Kindergärten buchen können. Dies bedeutet nämlich, dass bei einer Vollzeitbeschäftigung mit 38 Stunden, der Arbeitsplatz nur maximal 30 Minuten vom Kindergarten entfernt sein darf.

Zum leichten Verständnis rechne ich gerne vor: wenn ich 38 Stunden arbeite und an 5 Tagen in der Woche vom Kindergarten zur Arbeit 30 Minuten brauche, macht das 1 Stunde pro Tag, 5 Stunden in der Woche plus meine 38 Stunden Arbeitszeit schon 43 Wochenstunden. Mit den 2 Stunden die übrigbleiben, habe ich jeweils 12 Minuten Zeit, um mein Kind täglich im Kindergarten abzugeben oder abzuholen. Aber wer arbeitet 30 Minuten von seinem Wohnort entfernt? Kaum jemand. Die Kommune Rheurdt hat 88% Auspendler. Von Straelen nach Emmerich benötige ich 70 Minuten für eine Strecke mit dem PKW. Da habe ich als Sparkassenangestellte einfach mal Pech gehabt, wenn ich Dank der Fusion versetzt werde...und das ist kein erfundener Fall. Also eine wirkliche Angebotsorientierung an den Bedarfen für Alleinerziehende würde sich an vielen Stellen anders darstellen.

Verfügen eigentlich alle Alleinerziehenden über einen PKW? Wohl eher nicht. Da ist es umso unverständlicher, dass der Nahverkehrsplan so ambitionslos bleibt und lediglich den Status quo festschreibt. Angebote für die Berufspendler in den Morgen- und Abendstunden fehlen. Die morgendliche Betriebszeit vor 7:00 Uhr wird als Schwachverkehrszeit ausgewiesen. Da der Nahverkehrsplan auch hier der Anforderungskatalog für die Ausschreibung ist, kann hier keine Ausweitung des Angebotes erfolgen. In den Abendstunden fehlt ebenso oftmals ein Angebot. Es fehlen Zubringerbuslinien zum schienengebundenen Personenverkehr. Das hat zur Folge, dass die erzielten Verbesserungen in diesem Bereich verpuffen, wenn die An- und Abfahrten nicht sichergestellt sind. Außerdem hat es zur Folge, dass Ortschaften ohne Schienenanschluss abgehängt werden. Auch hier würden ernsthafte Bemühungen um soziale und infrastrukturelle Verbesserungen für den Kreis anders aussehen. Den Klimawandel möchte bei dieser Grundhaltung schon niemand mehr thematisieren.

Und ist es vielleicht so, dass man das Projekt für Alleinerziehende dem Bereich der Inneren Verwaltung zuordnet, um es der Mitsprache der politischen Gremien am leichtesten entziehen zu können?

Ähnlich verhält es sich mit dem Thema Pflege im Kreis. Da wird zum einen das Ansinnen des VDK auf einen realen Pflegestützpunkt abgewiesen mit dem Hinweis, dass die Pflegekassen einen ausgesprochen guten Job machen und diese Beratung hier nicht erforderlich ist.

Andererseits beantragt die CDU aber zum wiederholten Mal eine mobile Wohnberatung zur Wohnumfeldverbesserung, der selbstverständlich stattgegeben wird. Genau diese Beratung führen die Pflegekassen aber ebenfalls durch. Na, was den nun: Machen die Pflegekassen eine gute Beratung oder nicht? Wir haben hier eher den Eindruck, dass Sie die Argumente drehen, wie es einfacher passt.

Bedauerlicherweise wurden mehrheitlich wichtige und richtige Anträge der Diakonie und der Caritas abgelehnt. Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, dass wir dies für unverantwortlich halten und sehr bedauern. Ohne die Arbeit dieser Träger bleiben viele Menschen sehr alleine in verschiedensten, meist schwierigen Lebenssituationen. Wir danken diesen Trägern ebenso wie dem Paritätischen an dieser Stelle für ihre ausgezeichnete und unverzichtbare Arbeit.

Die Anmerkung in der Verwaltungsvorlage zum Antrag der Diakonie (hier ging es um eine Erhöhung des Zuschusses zur Fachtagung für Suchtprävention von 500€ auf 2500€, bei Gesamtkosten von 9000€) beweist, dass es bei 500€ Förderung bleibt „zumal der gewünschte Symbolwert durch die Schirmherrschaft und das Grußwort des Landrates gegeben sei“. Na, da frage ich mich, ob die Diakonie beim nächsten Anliegen auf die Schirmherrschaft und das Grußwort lieber verzichten...

Ja, da kommt wieder zu Tage, auf welche unzureichende Weise die nicht vorhandene soziale Verantwortung des Kreises Kleve gefüllt wird.

Auch fest zu machen am Thema Ausländerbehörde. Es wurde in den letzten Wochen dazu viel gesagt und geschrieben und das möchte ich hier nicht alles wiederholen. Dass Sie unseren Antrag, den wir schon im letzten Jahr gestellt haben, zur Eröffnung einer Zweigstelle der Ausländerbehörde in Geldern, ablehnen, kam für uns nicht überraschend. Das Thema ist aber noch nicht erledigt. Wer in der Flüchtlingshilfe engagiert ist, beruflich oder ehrenamtlich, dem ist seit vielen, vielen Jahren bekannt, welch wirklich schlechter Ruf dem Kreis Kleve, weit über seine Grenzen hinaus, beim Umgang mit Ausländern vorausseilt. Es ist also kein neues Phänomen. Menschen die in diesem Kontext Probleme haben und Unterstützung brauchen haben schon immer die GRÜNEN als Anlaufstelle genutzt. Aber das Ausmaß, dass unser Fraktionsbüro hier in den letzten Tagen an Mitteilungen und Anfragen erreicht hat, macht selbst mich sprachlos. Bedingt durch die Ankündigung der Presse, dass Minister Stamp am Dienstag den Kreis besucht, stand unser Telefon nicht still. Wir werden jeden Einzelfall, der uns geschildert wurde, dokumentieren und diesem nachgehen.

Der momentane Ist-Zustand in der Ausländerbehörde ist ein Dokument des Scheiterns. Die Vorlage zu Top 13 der Verwaltung ist Rückwärtsgewand und verfängt sich bei geplanten Veränderungen in Konjunktiven. Ich könnte jetzt unzählige Beispiele aufführen, wo es überall nicht gut läuft und Verbesserungsvorschläge machen, dies würde aber hier zu weit führen. Das Rechtfertigungspaket der über 30 Seiten Kopien alter Presseberichte von Kommunen, wo es auch nicht gut gelaufen ist, ist Verschwendung von Zeit, Material- und Personalressourcen gewesen. Oder wollten Sie uns damit die Basis Ihrer Arbeit darlegen und aufzeigen, dass der Kreis Kleve sich immer an den negativsten Beispielen orientiert, an der bad practise. Nein, dass kann nicht Ihr Ernst sein.

Wir werden die weitere Arbeit, mit einem großen Netzwerk an Unterstützer*innen sehr kritisch aber konstruktiv begleiten.

In diesem Gesamtkontext wundert es uns dann nur recht wenig, dass der gemeinsame Antrag von CDU, SPD und FDP zur Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 50.000€ „für ein Mediationsverfahren und sich daraus ergebende weitere Kosten“ zur Reaktivierung der Bahnlinie von Kleve nach Nijmegen ebenfalls recht ambitionslos daherkommt. 50.000 € sind da sehr niedrig bemessen, aber wir haben diesen Antrag einmal mitgetragen, da den GRÜNEN die Reaktivierung der Bahnlinie seit vielen Jahren ein vorrangiges Anliegen ist.

Das die CDU jedoch diesen Antrag ausdrücklich ohne uns GRÜNE stellen wollte und das auch zur Bedingung für Ihre Zustimmung gemacht hat, könnte die Zustände in diesem Haus und diesem Gremium kaum besser aufzeigen. Danke an die CDU-Fraktion, für diesen Adelsschlag, zeigt es doch auf, wen man hier fürchtet und wer die Opposition ist.

Wie gesagt, wir haben diesem Antrag wie Erwachsene trotzdem zugestimmt und jetzt liebe Antragsteller, bitte abliefern!

Ich komme zum Schluss.

Der Haushalt ist überschattet von fehlender Transparenz, ungenügender Informationspolitik, ernsthafter Auseinandersetzung mit Oppositions- und Fremdanträgen sowie einem fragwürdigen Demokratieverständnis. Es fehlen wichtige Informationen! Eine Katze im Sack werden wir GRÜNEN hier nicht kaufen. Einen Vertrauensvorschuss haben Sie verspielt.

Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird den Haushalt somit ablehnen.

Auch zukünftig werden wir sie an ihren Taten messen. Gerne lassen wir uns aber von positiven Veränderungen überraschen.

Unser Dank gilt ausdrücklich den Mitarbeiter*innen und Mitarbeitern der Verwaltung für engagierte Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Kleve und für die Kooperation mit unserer Fraktion. Unser Dank gilt insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausländerbehörde, die nach Recht und Gesetz handeln und ihre Arbeit unter widrigsten Umständen erledigen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Birgitt Höhn